



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund LV Thüringen e.V.
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Telefon / Fax: 0361/653 194-83 / -81
Mail: post@dksbthueringen.de

Pressemitteilung

Erfurt, d. 13.04.2018 **Es ist soweit! Erstmals können in Thüringen 16- und 17-Jährige hauptamtliche Bürgermeister und Landräte wählen. Der Deutsche Kinderschutzbund Thüringen fordert junge Menschen auf: geht wählen!**

Mit eurer Beteiligung an der Wahl nehmt ihr eure demokratischen Grundrechte wahr. Ihr bekommt damit mehr gesellschaftliche Verantwortung übertragen, die es verantwortlich zu übernehmen gilt. Gebt darauf Acht, was die Kandidaten und Kandidatinnen versprechen und ob das mit euren Lebenswünschen übereinstimmt. Mit der Beteiligung entsteht die Möglichkeit die eigene Lebenswelt durch politische Einflussnahme stärker im Sinne junger Ideen und Bedarfe zu gestalten.

Der Deutsche Kinderschutzbund Thüringen hat sich lange für dieses Recht junger Menschen eingesetzt. Zuletzt hatte sich die Mitgliederversammlung in Thüringen im April 2015 für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ausgesprochen und am 25.11.2015 hatte der Thüringer Landtag das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Ein Schritt in die richtige Richtung. Als Kinderschutzbund Thüringen fordern wir jedoch weiterhin, das Wahlalter auch auf Landesebene auf 16 zu senken, so Christiane Götze, Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes Thüringen, und die Rechte der Kinder entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention in die Thüringer Verfassung aufzunehmen.

Für die Absenkung des Wahlalters sprechen einige Gründe. Junge Menschen sind in unserer Gesellschaft mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert. Sie sind gefordert frühzeitig eigenständig Entscheidungen für ihr späteres Leben zu treffen, wie in der Berufs- und Studienwahl. Zudem arbeiten sie teilweise bereits und erwirtschaften so auch das Sozialprodukt mit. Sie sind Konsumenten im Marktsystem gerade im Medienbereich und damit verbundener technischer Erzeugnisse wie auch Zielgruppe der Werbeindustrie. Das und viel mehr wird jungen Menschen zugetraut, manchmal zugemutet. Für das demokratische Recht auf politische Mitbestimmung waren sie aus Sicht des Wahlrechts bisher nicht reif genug.

Auch der demografische Wandel ist ein wichtiger Grund für die Absenkung des Wahlalters, denn eine immer älter werdende Bevölkerung kann ihre Interessen politisch artikulieren und durchsetzen. Fast ein Sechstel der Bevölkerung (Kinder und Jugendliche) hingegen blieb so von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen. Politik muss sich jedoch dringend auch mit den Themen der jungen Zielgruppe befassen.

Oft wird an dieser Stelle das Argument dagegen gehalten, dass junge Menschen nicht politisch interessiert seien. Wer jedoch mit jungen Menschen zu tun hat, weiß genau, dass diese sich sehr wohl an politischen Diskussionen beteiligen wollen. Es ist nur die Frage der Form, die sich nicht unbedingt mit denen Erwachsener decken muss, und wie ernst sie mit ihren Meinungen genommen werden. Bisher müssen sie oft die Erfahrung machen, dass ihre Meinung als Alibi gilt. Der Deutsche Kinderschutzbund Thüringen fordert dazu auf, Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen stärker zu beteiligen und ihre Meinungen anzuhören.

Zudem bleibt es Aufgabe der Gesellschaft, junge Menschen auf Wahlen vorzubereiten. Gerade in Schul- und Ausbildungszusammenhängen sowie in Jugendeinrichtungen sind die dort Tätigen gefordert, über die Wahl als Beteiligungsform in der demokratischen Gesellschaft aufzuklären.